

Populisten 05.06.2009

BERLIN (Eigener Bericht) - Wenige Tage vor den Europawahlen veröffentlichen Berliner Regierungsberater Empfehlungen zur Bekämpfung missliebiger Parteien in Ost- und Südosteuropa. In den dortigen EU-Staaten habe sich über die Jahre "eine starke Unzufriedenheit" über die soziale Entwicklung seit den Umbrüchen 1989/90 eingestellt, schreibt die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Immer wieder gelinge es gewissen Kräften, die Wut über die dramatische Zunahme der Armut und den gesellschaftlichen Niedergang zu bündeln und in Stimmengewinne für Parteien umzuwandeln, die sich gegen das EU-loyale "Establishment" wendeten. Agitierten diese konfrontativ und unter dezidierter Abgrenzung gegen die herrschenden Eliten, dann müssten sie, gänzlich unabhängig von ihrer sonstigen inhaltlichen Orientierung, als "Populisten" eingestuft werden. Zu den "Populisten" gehören mehrere Parteien, denen bei den Europawahlen in diesen Tagen Erfolg vorhergesagt wird. Isolation komme als Mittel zu ihrer Bekämpfung ebenso in Betracht wie Einbindung, schreibt die SWP. Eine wichtige Rolle beim Aufbau loyaler Parteistrukturen hingegen komme den Auslandsfilialen der parteinahen deutschen Stiftungen zu.

Weniger berechenbar

Wie die Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in einer jüngst veröffentlichten Studie schreibt, haben in zahlreichen Ländern Ost- und Südosteuropas "populistische Parteien bei Wahlen an Terrain gewonnen". [1] In einigen Fällen sei es "Populisten" sogar gelungen, die Regierungsgewalt in ihren jeweiligen Staaten zu übernehmen. Insbesondere ihre Außenpolitik sei "weniger berechenbar" - sie drohten enge Verbindungen zu Rivalen der EU aufzubauen, etwa zu den USA oder Russland. Es gelte daher, "Handlungsstrategien für den Umgang mit dem Phänomen des Populismus" zu entwickeln. Die SWP widmet ihm jetzt eine ausführliche Analyse, erörtert Ursachen, Merkmale und Ausprägungen des "Phänomens" und legt verschiedene Optionen zu seiner Bekämpfung vor.

Verlierermilieus

Die Anhängerschaft "populistischer" Parteien in Ost- und Südosteuropa lässt sich der SWP zufolge recht präzise verorten. Demnach handelt es sich vorwiegend um Einwohner von "strukturschwachen und bäuerlich geprägten" Regionen, denen die Verelendung ganzer Landstriche in den ehemals realsozialistischen Ländern seit 1989/90 jegliche Lebensperspektive nimmt. [2] Auch "städtische Verlierermilieus" lassen die Neigung erkennen, sich "Populisten" anzuschließen. Dazu gehören nicht nur beschäftigungslose, verarmte Arbeiter, sondern auch das absteigende Kleinbürgertum, das "den Anschluss an die aufstrebenden neuen, meist urbanen Mittelschichten nicht geschafft" hat. Während diese für große westeuropäische oder amerikanische Konzerne arbeiten - mit guten Aufstiegschancen - oder in Kultur-, Wissenschafts- und Regierungsapparaten engen Kontakt in die westeuropäischen Zentren pflegen, ist die Situation einfacher Lehrer oder Ärzte oft katastrophal, Einzelhändler werden von westlichen Supermarktketten verdrängt. "Die offene soziale Flanke der Transformation", urteilt die SWP, ruft in wachsenden Kreisen "starke Unzufriedenheit" hervor. Dieser Unzufriedenheit werden die EU-loyalen ost- und südosteuropäischen Eliten oft nicht mehr Herr.

Anti-Establishment-Protest

Tatsächlich bilden die "peripheren und städtischen Verlierermilieus" (SWP) immer öfter Parteien heraus, die den Unmut über die dramatische Zunahme der Armut und den gesellschaftlichen Niedergang bündeln. Der dabei oft anzutreffende "Anti-Establishment-Protest" sei ein typisches Merkmal "populistischer" Politik, schreibt die SWP, die den "Populisten" eine "anti-elitäre Attitüde" attestiert: "Populismus grenzt 'nach oben' ab". Häufig werde dabei eine "konfrontative, exklusive und antagonistische Rhetorik" benutzt, um "Mobilisierungserfolge zu erzielen" - laut SWP ein weiteres Kennzeichen "populistischer" Politik. Werde der "Anti-Establishment-Protest" auch noch vereinfachend begründet ("simplifiziert") und maßgeblich von einer einzelnen prominenten Persönlichkeit vorgetragen ("personalisiert"), dann liegen der SWP zufolge sämtliche "Populismus"-Merkmale vor. Dabei subsumiert die SWP nicht nur unterschiedslos rechte, linke, konservative und liberale Kräfte, die sich den EU-loyalen Eliten nicht unterordnen wollen, unter ihren "Populismus"-Begriff, sondern erstaunlicherweise auch Rechtsextreme, Rassisten und Antisemiten.

Einbinden oder isolieren

Da der "Populismus" die Dominanz der EU-loyalen ost- und südosteuropäischen Eliten bedroht, sucht die SWP nach Wegen, ihn zu bekämpfen. Zurückgreifen kann sie auf Erfahrungen, die Berlin mit der polnischen Partei Prawo i Sprawiedliwość (PiS) der Brüder Kaczyński oder der slowakischen Partei SMER gemacht hat; beide gelten den Regierungsberatern als typische "Populisten". PiS könnte bei den Europawahlen Umfragen zufolge auf ein Drittel der polnischen Stimmen kommen, SMER die stärkste Partei der Slowakei werden.[3] Laut Einschätzung der SWP muss sich eine "anti-populistische" Strategie daran orientieren, wie hart der "Populismus" im Einzelfall vertreten wird. Sind Parteien lediglich "populistisch infiltriert", könne es genügen, sie aktiv einzubinden; auf diese Weise habe man die bulgarische "Zarenpartei" NDSV erfolgreich zu einer "mehr oder weniger kantenlosen liberalen Kraft" zurechtgestutzt. Mit gemäßigt "populistischen" Regierungen könne man vorsichtig kooperieren, dürfe jedoch den Austausch mit ihnen "bloß in gedämpfter Weise betreiben". "Harte Populisten" seien zu isolieren, um sie mittelfristig zu schwächen.

Neue Elitenreservoirs

Langfristig müsse man jedoch daran arbeiten, die EU-loyalen Kräfte in Ost- und Südosteuropa zu stärken, schreibt die SWP. Womöglich komme man um eine "Ablösung der verschlissenen Transformationseliten durch neues Führungspersonal" nicht umhin. "Deshalb gilt es", meint die SWP, "neue Elitenreservoirs für eine moderate Parteipolitik zu erschließen". Das dazu nötige Personal "ließe sich vor allem aus den lokalen und regionalen Selbstverwaltungen rekrutieren, die nach den Dezentralisierungsmaßnahmen der vergangenen Jahre immens an Bedeutung gewonnen haben." Die EU-loyalen Parteien in Ost- und Südosteuropa müssten mit Hilfe der westeuropäisch dominierten EU-weiten Parteistrukturen stabilisiert werden; auch den "vor Ort wirkenden parteinahen oder weltanschaulich geprägten Nichtregierungsorganisationen aus Westeuropa" - gemeint sind offenkundig unter anderem die deutschen parteinahen Stiftungen - komme hierbei erhebliche Bedeutung zu.

Mit langem Atem

Mit einem raschen Erfolg des Versuchs, die "Populisten" durch eine verstärkte EU-loyale Infiltrierung der ost- und südosteuropäischen Eliten dauerhaft zu schwächen, rechnet die SWP jedoch nicht: "Mit der Herausforderung des Populismus" werde sich die EU noch länger "beschäftigen müssen". Die vollständige Zurichtung der östlichen Peripherien zum willigen Hinterland des deutschen Zentrums lässt sich nicht kurzfristig erreichen; sie benötigt Geduld und viel Zeit.

[1] Kai-Olaf Lang: Populismus in den neuen Mitgliedsländern der EU. Potentiale, Akteure, Konsequenzen; SWP-Studie S 16, Mai 2009

[2] Zur sozialen Lage in Ost- und Südosteuropa s. auch [Hannes Hofbauer: EU-Osterweiterung](#)

[3] Konservative auf Siegeskurs; Der Standard 20.05.2009

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com